

Staat zur Befähigung zu erheben hat, damit es würdig werde, an den Unterdrückungsbedingungen freigewerkschaftlicher Organisationen schließlich teilzunehmen.

Durcheinander.

Die Kollektivnote der Mächte ist der Türkei noch nicht überreicht worden. Deutschland hat angeblich noch eine Überlegung des Wortlauts beantragt.

London, 14. Januar. (Neuermeldung.) Die Chefs der Delegationen der Balkanstaaten haben heute vormittag in einer Konferenz beschlossen, daß gleichzeitig mit der Überreichung der Note der Großmächte an die Türkei die Balkanstaaten der osmanischen Regierung eine Note überreichen werden.

Die Nachricht ist höchst unklar. Die Delegationen der Balkanstaaten haben doch nicht über die Schritte ihrer Regierung gegen die Türkei zu beschließen.

Der Abbruch der Friedensverhandlungen.

London, 14. Januar. Das Reutersbureau erfährt von einem Delegierten der Balkanstaaten, daß die Delegierten entschlossen seien, England nach Überreichung der Note der Balkanverbündeten an die Türkei zu verlassen.

Berlin, 14. Januar. In der Reutersmeldung, daß die Balkan-delegierten den Abbruch der Friedensverhandlungen beschlossen hätten, bemerkt die Kreuzzeitung, daß mit diesem Beschlusse wesentlich nur eine Fression auf die Türkei ausgedrückt werden und bezweckt werden soll.

Die Türkei bleibt fest.

Wien, 14. Januar. Wie der Neuen Freien Presse aus Konstantinopel von einer der Regierung nachstehenden Seite mitgeteilt wird, bleibt der Standpunkt der Pforte hinsichtlich Adrianopels und der ägäischen Inseln unverrückbar fest.

Gegen die Jungtürken.

Konstantinopel, 14. Januar. Der Ministerrat hat beschlossen, das Ministerium des Innern zu ersuchen, gegen die Jungtürken streng vorzugehen und eventuell die Kommissare für aus Konstantinopel auszuweisen.

Die rumänische Frage.

Der wälischen Zeitung wird aus Berlin telegraphiert: Die bulgarisch-rumänischen Verhandlungen sind in lebhafteren Fluss gekommen. Für den Fall, daß sich abermals Schwierigkeiten ergeben sollten, ist eine Vermittlung ins Auge gefaßt.

Bukarest, 14. Januar. Der russische Gesandte hatte eine längere Unterredung mit dem Minister des Äußeren. Nachdem er den Rat zur Wahrung gegeben hatte, besicherte er, daß die russische Regierung Rumänien ihre Dienste anbiete, um die Verhandlungen mit Bulgarien zu ihrem Ende zu führen.

Deutliches Reich.

Kultur und Bildung.

Vor einiger Zeit kamen von Deutsch-Neuguinea wieder einmal Unruhe-Nachrichten mit blutigem Beigeschmack. Im

Bericht über die Strafexpedition gegen die Mörder des Paradiesvogeljägers Richards hieß es: „Das große Sambodorf wurde unter Feuer genommen und eingeäschert.“

Es ist weiter zu berichten, daß die Expedition zur Bestrafung der Magambörfer Zusammenstöße mit Eingeborenen gehabt hat, daß in der Nähe der Station Sotape bewaffneter Widerstand geleistet ist.

Dieser Darstellung war die amtliche Note auf der Stim zu lesen. Auch für denjenigen, der die Ursachen der Eingebornenrebellionen in Kaiser-Wilhelms-Land nicht in ihren lokalen Zusammenhängen faßt.

In diesen Worten offenbart sich Unkenntnis der einschlägigen Verhältnisse. Ich bin während meines fast zweijährigen Aufenthaltes in Neuguinea wiederholt tief in das Innere eingedrungen, und doch war die Berührung mit den Söhnen der Wildnis niemals feindselig.

„Auch die See Womba am Markham befindet sich seit längerer Zeit wieder auf dem Kriegsfuß.“

„Auch die See Womba am Markham befindet sich seit längerer Zeit wieder auf dem Kriegsfuß.“ Die Geschichte der Unruhen im Gebiet der See Womba erstreckt sich im ersten Bande meines oben zitierten Reiseberichtes.

„Auch die See Womba am Markham befindet sich seit längerer Zeit wieder auf dem Kriegsfuß.“

„Auch die See Womba am Markham befindet sich seit längerer Zeit wieder auf dem Kriegsfuß.“

Der Respekt der Regierung vor dem Dreiklassenhaus.

Die Aenderung der preussischen Landtagswahlen auf den 14. Mai ließ sofort vermuten, daß damit die dem Haus vorliegende Steuernovelle als geltend betrachtet werden könnte.

Deckung der Kosten für die Aufbesserung der Beamtengehälter als vorübergehende Maßregel bewilligt worden sind. Es darf als sicher gelten, daß die preussische Regierung von Anfang an gar nicht daran gedacht hat, auf diese Zuschüsse jemals wieder zu verzichten.

Wir wollen nun nicht behaupten, daß die verhältnismäßig frühe Ansetzung des Wahltermins mit dieser Sache im Zusammenhange steht, jedenfalls aber heißt es jetzt in unterrichteten Kreisen, die Steuernovelle komme wegen Zeitmangels im Plenum gar nicht mehr zur zweiten Lesung.

In der Tat, ein höchst einfaches Verfahren. Will das Parlament nicht so wie die Regierung, so entzieht sie ihm einfach die Möglichkeit, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Der dritte Tag der Etatsberatung wurde durch eine 2/3-ständige Rede des Genossen Liebnicht eingeleitet, die sich zu einer gründlichen Abrechnung mit der gesamten preussischen Reaktion und ihrer Regierung gestaltete.

Die weitere Debatte, die sechs Stunden dauerte, zeigte ein merkwürdiges Bild. Von den Freikonservativen, National-Liberalen und dem Zentrum wurde um die Wette versucht, die Debatte auf das tote Gleis der Jesuitenfrage zu schieben.

Die Kriegsspielerei des Jungdeutschlandbundes.

findet auch in einschlägigen bürgerlichen Kreisen immer mehr Gegner. So schreibt z. B. das nationale Sammler Tageblatt über das nachgerade zum gefährlichen Sport ausgeartete Spiel erwaehnter Schüler mit Schußwaffen:

„Das ist der Fluch der bösen Tat und das unerbittliche Verdienst des Jungdeutschlandbundes, der es sich zur Aufgabe macht, den „kriegerischen Geist“ in der Jugend zu erwecken.“

Der Meinung sind wir auch; insbesondere sollte diese Mahnung für die Arbeitereltern gelten.

Die sächsische Regierung hofft noch!

Wolffs sächsischer Landesdienst veröffentlicht folgende Meldung:

Dresden, 14. Januar. Von zuständiger Stelle erfahren wir, daß die sächsische Regierung den in der Volkswirtschaft gegen den Reichsanwalt gerichteten Freiganggriffen fernsteht.

Wiel sagt diese offiziöse Notiz gerade nicht. Sie bedingt sich nur damit zu erklären, daß die sächsische Regierung den „Freiganggriffen“ gegen Weismann fern steht.

Kleine Anfragen im Reichstag.

Der Abg. Reichmann (Soz.) fragt an: „Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichsanwalt zum Schutze der in der deutschen Tabakindustrie beschäftigten Heimarbeitern zu ergreifen, die in wirtschaftlicher und besonders in gesundheitlicher Beziehung durch